

Katzenjammer in Wiesbaden

Wegen von vieler Katzen denkt die CDU an eine Pflicht zur Kastration. Es gibt allerdings juristische Schwierigkeiten.

htr. WIESBADEN. Eine Katze kann zwei- bis dreimal im Jahr jeweils bis zu sieben Junge bekommen. Die wiederum sind schon in einem Alter zwischen vier und zehn Monaten zur Paarung bereit – und sie bleiben es über Jahrzehnte. In Wiesbaden ist die hohe Populationsrate von Hauskatzen jetzt zu einem kommunalpolitischen Thema geworden.

„Wir haben so etwas noch nicht erlebt“, sagen die Einfänger des Vereins zur Verhütung von Katzen Nachwuchs (VKN). Weil immer mehr Hauskatzen ausgesetzt werden, sind ihrer exponentiellen Vermehrung keine Grenzen mehr gesetzt. Zuverlässige Statistiken zur Entwicklung der lokalen Population gibt es nicht.

Henriette Hackl, die Vorsitzende des Wiesbadener Tierschutzvereins, weiß aber zu berichten, dass das Tierheim mit mehr als 100 Exemplaren inzwischen überfüllt ist. Und der VKN findet für die zahllosen verwilderten Hauskatzen, die er einfängt, kaum noch Menschen, die sie aufnehmen.

Um der Entwicklung Einhalt zu gebieten, fordern die Tierschützer, die Halter zur Kastration zu verpflichten. Die CDU-Fraktion im Rathaus zeigt sich aufgeschlossen für die Forderung. Die Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Astrid Wallmann dämpfte aber am Mittwochabend in einer Podiumsdiskussion allzu hohe Erwartungen.

Die Stadtverordneten der CDU hätten sich noch keine endgültige Meinung gebildet, berichtete sie. Außerdem müsse man noch mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner reden. Marc Weinmeister (CDU), Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sagte, dass die bundesweit geltende Fassung des Tierschutzgesetzes einer Pflicht zur Kastration entgegenstehe könne. Derartige operative Eingriffe seien nämlich grundsätzlich verboten. Ob eine zu starke Vermeh-

rung eine Ausnahme rechtfertigen könne, sei unter Juristen umstritten. Ein Gerichtsurteil gebe es dazu bislang nicht. Die Stadt Paderborn habe die Halter von freilaufenden Hauskatzen darum zwar im Jahr 2008 zur Kastration verpflichtet. Wer sich an die Verordnung nicht halte, werde aber nicht zur Rechenschaft gezogen, weil die Stadt die Gefahr sehe, dass sie in einem Rechtsstreit womöglich unterliege. Andere Städte verhielten sich ähnlich.

Nach den Angaben des Politikers wollen Bundesländer wie Hessen die anstehende Neufassung des Tierschutzgesetzes nutzen, um eine einschlägige Änderung durchzusetzen. Danach soll die Kastration von Katzen zur Pflicht gemacht werden können, wenn sie sich ansonsten zu stark vermehren würden. Ob dies der Fall sei, müsse die Landesregierung von Fall zu Fall beschließen. Eine solche punktuelle Entscheidung gelte dann aber immer nur für bestimmte Regionen.

Gesetzliche Regelungen wären aus der Sicht der städtischen Ordnungsdirektorin Birgit Zeimet (CDU) „hilfreich“. Ansonsten könne man zwar in der kommunalen Gefahrenabwehrverordnung eine Kastrationspflicht verankern. Angesichts der gegenwärtigen rechtlichen Grauzone könne die Vorschrift dann aber nur einen appellativen Charakter haben, wie dies in Paderborn der Fall sei.

Dass sich auch mit einer solchen Regelung ein spürbarer Effekt erzielen lässt, scheinen die Zahlen aus der ostwestfälischen Kommune zu belegen. Dort soll sich die Zahl der Kastrationen aufgrund der Verordnung seit dem Jahr 2008 beinahe verdoppelt haben. Hackl hob hervor, dass es nicht nur auf Vorschriften ankomme, sondern auf die Aufklärung der Halter.

Allerdings spielt auch das Geld eine Rolle. Die Kastration einer Katze kostet rund 100 Euro. Für einen Kater sind zirka 60 Euro fällig. Derartige Summen wollen oder könnten manche Halter nicht aufbringen, heißt es in den Reihen der Tierschützer. Sie schlagen darum einen Zuschuss der Stadt oder einen Gutschein vor, den der Tierarzt nach dem Eingriff bei der Stadt einlösen könne. Von einer solchen Lösung scheint die CDU allerdings noch weit entfernt zu sein.



Pause: Von der neuen Cafeteria aus haben die Schülerinnen auch die ebenfalls neue Turnhalle im Blick.

Foto Marcus Kaufhold

Nach 40 Jahren eine eigene Sporthalle

Berufsbildungszentrum Mainz erhält auch Cafeteria / Gebäude fertiggestellt

olko. MAINZ. Vier Jahrzehnte lang hatten Lehrer und Schüler des Berufsbildungszentrums auf dem Mainzer Hartenberg ohne eigene Sporthalle auskommen müssen. Doch dieser Zustand gehört nun der Vergangenheit an, wurde doch gestern die Fertigstellung der neuen Dreifelder-sporthalle sowie der Cafeteria gefeiert. Beide Gebäude liegen zentral auf dem gemeinsamen Gelände der Berufsbildenden Schulen (BBS) I und III. Der Bau der Schulsporthalle schlug samt Ausstattung mit 3,9 Millionen Euro zu Buche; 1,63 Millionen Euro flossen in die Cafeteria. Finanziert wurden beide Projekte größtenteils aus dem Konjunkturprogramm II; der Eigenanteil der Stadt betrug den Angaben zufolge jeweils zehn Prozent.

Insbesondere den Vertretern der beiden Schulen war während der Feierstunde in der Cafeteria die Freude über die beiden neuen Gebäude deutlich anzumerken. So zeigte sich Georg Sternal, Rektor der BBS I, froh darüber, „dass das elende Herumfahren zu den Sportstätten ein Ende hat“.

Da das Berufsbildungszentrum bislang nicht im Besitz einer eigenen Sporthalle gewesen war, hatten Schüler und Lehrer Hallen in der Umgebung nutzen müssen. Angesichts von Sporthalle und Cafeteria sprach Gerhard Reuther, Rektor der BBS III, von einer „neuen Mitte“ für das Berufsbildungszentrum. Mit den neuen Gebäuden gehe ein Traum in Erfüllung.

Der Bau von Sporthalle und Cafeteria steht in Zusammenhang mit der geplanten umfassenden Sanierung des Berufsbildungszentrums. Schon im vergangenen Jahr hatte auf dem Areal ein Ersatzneubau die Pforten geöffnet; er ist die Voraussetzung dafür, dass die beiden 1968 und 1973 erbauten Schulen in den nächsten Jahren saniert werden können. Der Ersatzneubau kostete 9,5 Millionen Euro; mit Hilfe des Konjunkturprogramms II wurde mehr als die Hälfte der Kosten abgedeckt. Das Gebäude, das den Schülern das Lernen in Containern ersparen soll, bietet rund 30 Unterrichtsräume. An den beiden Schulen mit den Feldern Gewerbe

und Technik sowie Wirtschaft und Verwaltung lernen mehr als 8000 Schüler.

„Die Sanierung des Berufsbildungszentrums war und ist eine Mammutaufgabe“, sagte Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD). Dass die Stadt, was das Geld aus dem Konjunkturpaket angehe, den Schwerpunkt auf Sporthalle und Cafeteria der Berufsbildenden Schulen gelegt habe, sei sinnvoll gewesen. Das fand auch die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD), die von einer klugen Entscheidung sprach. In ihren Augen haben die beiden Schulen mit dem neuen Angebot nun so etwas wie ein „soziales Zentrum“. Die Generalsanierung des Berufsbildungszentrums sei in der Vergangenheit immer wieder ausgetagt worden, so Schuldezernent Kurt Merker. Mit dem Ersatzneubau sei „der Einstieg in ein modernes Umzugsmanagement für künftige Sanierungsschritte“ gelungen, sagte der SPD-Politiker, nach dessen Angaben für die Generalsanierung eine zweistellige Millionensumme nötig sein wird.

Bürgerstiftung mit Geld und Idealismus

Platz für viele Wohltäter mit eigenen Ideen

htr. WIESBADEN. „Wir fürchten keine Konkurrenz“, sagt Thomas Michel, der ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der Wiesbadener Bürgerstiftung. „Jede andere Initiative macht uns Freude, wenn sie nur im Interesse unserer Stadt ist.“ So wird Michel beinahe zu einer Art Konzernchef. Er ist verantwortlich für die Bürgerstiftung selbst.

Aber unter deren Dach können sich Privatleute mit eigenen Treuhandstiftungen ansiedeln und gegen eine geringe Gebühr Michels Leuten die Verwaltung überlassen. Die Einlage muss allerdings mindestens 50 000 Euro betragen. Sonst lohne sich der bürokratische Aufwand nicht, erklärt Michel, der an der Wilhelmstraße ein Teppichgeschäft betreibt.

So verbirgt sich hinter der gemeinnützigen Organisation noch mehr Geld, als man bei einem ersten Blick auf die Finanzen meinen sollte. Danach beträgt das eigene Vermögen der Bürgerstiftung rund 1,2 Millionen Euro. Aber eine weitere Million liegt in den Treuhandstiftungen. Deren Name, ihr Zweck und die Vermögensausstattung sind Sache der einzelnen Stifter. Viele Privatleute tun den Schritt schon zu Lebzeiten. Andere treffen in ihrem Testament eine entsprechende Verfügung.

Die Stiftung ist relativ jung. Vor neun Jahren übertrug die Stadt ihr in einem Festakt 571 800 Euro aus drei zweckgebundenen Testamenten, die sie bisher verwaltet hatte. Das Geld hat sich nicht nur vermehrt, weil es gewinnbringend angelegt wurde.

Jeder der 21 Gründungstifter zahlte mindestens 10 000 Euro ein. Um sie haben sich bis heute insgesamt 86 Zustifter geschart, die mit 3000 Euro oder mehr dabei sind. Das Geld bleibt gemäß der Satzung „in voller Höhe für

Das meiste Geld floss in ein unentgeltliches Weiterbildungsangebot für Ehrenamtliche.

die Ewigkeit erhalten“. Nur die Zinserträge werden für die Förderung laufender Projekte genutzt.

Im vergangenen Jahr wurden dafür nach Michels Angaben 215 000 Euro ausgegeben. Über die genaue Verwendung konnten sich die Stifter am Donnerstagabend informieren. Die größte Summe verschlang das Bürgerkolleg, ein unentgeltliches Weiterbildungsangebot für Ehrenamtliche. 1100 Teilnehmer aus 220 Vereinen haben bisher an Seminaren teilgenommen, in denen Schlüsselqualifikationen für alle Facetten der ehrenamtlichen Arbeit vermittelt werden.

Dabei reicht die Themenpalette von juristischen Aspekten der Vereinsgründung über die Mitgliederwerbung bis zur Entfaltung von Führungsqualitäten. Die Resonanz beschränkt sich bis heute nicht auf die Stadt. Schon im Jahr 2010 gewann die Stiftung mit dem Projekt den mit 20 000 Euro dotierten ersten Preis eines bundesweiten Ideenwettbewerbs der Herbert-Quandt-Stiftung.

Weitere Auszeichnungen und Preisgelder kamen hinzu. Außerdem nahmen sich Bürgerstiftungen aus Städten wie Münster, Braunschweig die Wiesbadener zum Vorbild, indem sie selbst entsprechende Kurse anbieten.

In diesen Tagen startet die fünfte Auflage des Wettbewerbs „Leonardo“. Bis Ostern sind Schulklassen von der Jahrgangsstufe 7 an aufgefordert, in acht Kategorien „eine echte Leistung zu erbringen, die Spaß macht, die begeistert und die Euch wirklich etwas bringt“.

Das jüngste der zahlreichen Projekte realisiert die Stiftung gemeinsam mit der Fachhochschule Rhein-Main, der privaten European Business School sowie der Industrie- und Handelskammer. Ein „Netzwerk der Wissenschaft“ soll die Verbindungen zwischen Hochschulen, Wirtschaft, Verwaltung und Politik vertiefen.

Kräftig in Wein investiert

Hessen fördert die Direktvermarktung der Winzer

obo. ELTVILLE. Uwe Rußler war sich schon vor zehn Jahren sicher, dass der benagte Standort des Familienweinguts in der Rauenthaler Weinbergstraße keine Zukunft hat. „Wir mussten da raus“, sagt Rußler. Ein Ziel, das jedoch nicht leicht zu erreichen war. Zwar hatte Vater Ernst am nördlichen Rand von Rauenthal eine Wiese, doch das Grundstück hätte für einen Neubau nicht ausgereicht. Rund fünf Jahre Zeit und langer, zäher Verhandlungen bedurfte es, um durch Tausch und Kauf von Grundstücken schließlich in den Besitz einer ausreichend großen Fläche zu kommen. Inzwischen ist das Weingut von 3,5 Hektar auf 14 Hektar Rebfläche gewachsen. Und Familie Rußler hat eine neue, großzügige Betriebsstätte mit angeschlossener Guttschänke unweit des alten Eselpfades eröffnet, auf dem einst Schlangenbader Kurgäste auf besagten Tieren zu den Weingütern des Rheingaus und wieder zurück gebracht wurden. Die Schänke ist für alle Rheingaubesucher, die über die Bäderstraße (B 260) aus dem Raum Taunusstein, Heidenrod, Bad Schwalbach und Schlangenbad anreisen, nun die nächstegelegene „Tankstelle“ für Riesling und Spätburgunder.

Entsprechend groß ist der Andrang seit der Eröffnung im März, und Spontanbesucher haben es schwer, einen Platz in der Schänke zu ergattern, in die Familie Rußler rund 1,3 Millionen Euro investiert hat. Regierungspräsident Johannes Baron (FDP) hatte sich die Urlaubszeit ausgesucht, um der Schänke gestern einen Besuch abzustatten. Nicht um Wein zu trinken, sondern um einen Förderbescheid abzugeben. Das Land Hessen unterstützt die Weinbaubetriebe in Rheingau und an der Hessischen Bergstraße auf vielfältige

Weise und aus mehreren Töpfen. Es gibt unter anderem Mittel für die Förderung der Steillagenbewirtschaftung und Gelder für die biologische Bekämpfung des Traubenwicklers. In den Landratsämtern werden die Töpfe für die Förderung von neuen Gebäuden verwaltet, aus dem Rußler im vergangenen Jahr schon 45 000 Euro erhalten hat. Im Eltviller Weinbauamt, das ein Dezernat des Regierungspräsidiums ist, liegen allein in diesem Jahr 880 000 Euro bereit, um 73 Investitionsprojekte von Weinbaubetrieben zu fördern.

Dieses Geld ist nicht für Bauten vorgesehen, sondern für neue Weinpressen und Gärtanks, für die Neuanlage von Weinbergen, für Initiativen zur Vermarktung außerhalb der EU, für die Ausstattung von Vinotheken und Guttschänken. Rußlers Schänke gehört zu diesen 73 Förderprojekten, weshalb er weitere 36 000 Euro für die Einrichtung der Küche und der Guttschänke mit Eschenholzmöbeln aus dem Hunsrück erhält.

Insgesamt liegt die maximale Höhe der Förderung bei 35 Prozent der Nettokosten. Das ist attraktiv und deshalb von den Winzern stark nachgefragt. Das Geld des „Hessischen Förderungs- und Entwicklungsprogramms Wein“ für 2012 ist längst verplant und ausgezahlt. Auch für die Fördersumme von 1,3 Millionen Euro im Jahr 2013 liegen schon so viele Anträge vor, dass das Land einen vorläufigen Antragsstopp erlassen hat. Im nächsten Jahr endet dann die 2009 begonnene Förderperiode, während der das Land über insgesamt 6,4 Millionen Euro verfügte. Die Situation von 2014 an ist noch ungewiss, weil die EU noch nicht über die künftige Agrarförderung entschieden hat.

299 € / Monat*
0 € Sonderzahlung

Abb. ähnlich

DER NEUE BMW 3er – SPÜREN SIE DYNAMIK.

BMW 316d, Schwarz, Stoff Move Anthrazit, Bi-Xenon, Regensensor mit autom. Fahrlichtsteuerung, M-Lederlenkrad mit Multifunktion, Freisprecheinrichtung Bluetooth, Sitzheizung, Klimaautomatik, Sonnenschutzverglasung, Fahrkomfort Paket mit Tempomat, Servotronic, Comfortpaket, Armauflege vorn, Ablagenpaket, Lichtpaket, USB-Schnittstelle, Durchladesystem, PDC uvm. Verbrauch (l/100km): innerorts 5,5 · außerorts 3,9 kombiniert 4,5 · CO2 Emission 118 g/km · CO2-Effizienzklasse A. Angaben gemäß ECE-Fahrzyklus. **UNSER LEASINGANGEBOT:** mtl. Rate 299 € | **0 € SONDERZAH-LUNG** | 36 Monate Laufzeit | 10.000 km Laufleistung p.a.

29,99 € / MONAT** VK-VERSICHERUNG

*Ein Angebot der BMW Bank GmbH, Heidemannstr. 164, 80939 München, Stand 08/12. Zzgl. 890 € für Auslieferungs-paket (Umweltplakette, Überführung, Zulassung)** Für einen mtl. Aufpreis von 29,99 € inkl. Vollkaskoversicherung.

BMW EfficientDynamics
Weniger Verbrauch. Mehr Fahrfreud

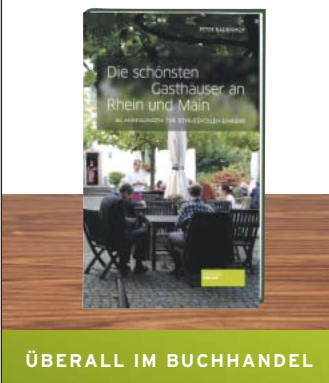
B&K GmbH & Co. KG
Ober-Eschbacher-Str. 153
61352 Bad Homburg
Tel 06172. 30 90-0
e-mail badhomburg@bundk.de
www.bundk.de

SOCIETÄTS-VERLAG

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Societäts-Verlag
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt a.M.
www.societaets-verlag.de
E-Mail: societaets-verlag@fs-medien.de
Telefon 069/7501-4297

Peter Badenhop
Die schönsten Gasthäuser an Rhein und Main
50 Anregungen zur genussvollen Einkehr

208 Seiten, SmartCover
ISBN 978-3-942921-44-2
12,80 Euro



ÜBERALL IM BUCHHANDEL



Es ist normal, verschieden zu sein!

So können Sie Menschen mit Behinderung helfen:

Geld spenden – und wissen, dass jeder Euro ankommt.

Zeit schenken – und interessante Menschen treffen.

Mitglied werden – und bei einer starken Gemeinschaft mitmachen!

Lebenshilfe
Main-Taunus

<http://www.lhmtk.de>



Nah am Kunden: Winzer Uwe Rußler in der Guttschänke

Foto Wonge Bergmann

Sperrung der Autobahn 671

rieb. WIESBADEN. Die Autobahn 671 wird von heute, 15 Uhr, bis morgen, 12 Uhr, wegen des Abrisses einer Brücke auf dem Abschnitt zwischen den Wiesbadener Stadtteilen Amöneburg und Kastel gesperrt. Eine Umleitung des Verkehrs über die Bundesstraße 455 zwischen der Anschlussstelle Wiesbaden-Erbenheim und der Anschlussstelle Wiesbaden, Mainzer Straße ist ausgeschildert. Wegen der Vorarbeiten für den Abriss waren schon in den vergangenen Tagen Spuren der Autobahn für den Verkehr gesperrt worden.

RheinMainMedia

Die ganze Welt in Ihrer Zeitung

Auskünfte und Beratung unter:
Telefon (0 69) 75 91 - 33 36
Telefax (0 69) 75 91 - 33 37